

provinzialen Verkehrsverhältnisse und behördlichen Vorschriften.

b) Rat und kollegiale werktätige Hilfe durch das Büro der Organisation oder der Kollegenschaft, insbesondere bei Streitigkeiten aus dem Dienst- und Arbeitsverhältnis.

c) Rechtsschutz durch persönliche Vertretung oder Beistellung eines juristischen Anwaltes bei Verfolgung durch Gerichte oder Verwaltungsbehörden nach Uebertretung von Gesetzen und Anordnungen der Behörden in Verkehrsangelegenheiten und bei Betriebsunfällen, durch die der Betreffende entweder selbst zu Schaden gekommen ist oder die durch ihn verursacht wurden, sofern nicht die Bestimmung des Punktes 3, al. c, letzterer Satz, in Betracht kommt.

5. Rechtsschutz durch Beistellung eines juristischen Anwaltes kann nur bei mindestens sechsmonatiger Dauer der Mitgliedschaft und Beitragsleistung in der zuständigen Organisation vor der Ausreise des betreffenden Mitgliedes und nach Einholung der Zustimmung der zuständigen Organisation erteilt werden. Insbesondere muss in Zivilrechtssachen vor Beistellung eines juristischen Anwaltes die Zustimmung der zuständigen Organisation eingeholt werden. In allen anderen Fällen kann bei Dringlichkeit und in den das Dienstverhältnis betreffenden Angelegenheiten die Zustimmung der zuständigen Organisation zur Beistellung eines juristischen Anwaltes erst nachträglich eingeholt werden.

6. Materielle Unterstützungen an Mitglieder werden auf Grund dieses Uebereinkommens grundsätzlich nicht geleistet.

7. Jede die Unterstützung leistende Organisation verpflichtet sich, die zuständige Organisation über Unterstützungsfälle ihrer Mitglieder auf dem laufenden zu erhalten.

8. Die durch die Unterstützung oder Vertretung der Mitglieder entstehenden Barauslagen werden von der für das Mitglied zuständigen Organisation, nach Einsendung einer detaillierten Kostenrechnung durch die unterstützende Organisation, an diese zurückerstattet.

Durch besondere Vereinbarung kann eine gegenseitige Verrechnung der Kosten in gewissen zu vereinbarenden Zeitabständen erfolgen.

9. In Streitfällen entscheidet das Exekutivkomitee der „ITF.“ selbständig und endgültig. Die in Frage kommenden Organisationen haben sich dieser Entscheidung zu unterwerfen.

10. Das Büro der „ITF.“ kann unbeschadet etwaiger anderer Massnahmen auf Antrag einer Organisation eine andere Organisation von der Teilnahme an diesem Uebereinkommen ausschliessen, wenn erwiesen ist, dass diese sich nicht an die Bestimmungen des Uebereinkommens hält und trotz zweimaliger Verwarnung ihr Verhalten nicht ändert. Gegen die Entscheidung der Exekutive der „ITF.“ kann binnen zwei Monaten die Berufung beim Generalrat eingelegt werden. Der Generalrat entscheidet über die Berufung selbständig und endgültig. Die Berufung beim Generalrat hat aufschiebende Wirkung.

11. Die „ITF.“-Erkennungsmarken dürfen nur solchen Mitgliedern in das Mitgliedsbuch eingeklebt werden, die nicht bloss mit ihren Mitgliedsbeiträgen auf dem laufenden sind, sondern auch diese nebst etwaigen Sonderbeiträgen für die voraussichtliche Dauer ihrer Auslandsreise im voraus entrichtet haben.

12. Die Berufskraftfahrerm Mitglieder sind berechtigt, an allen Versammlungen und Veranstaltungen der Organisation desjenigen Landes teilzunehmen, in dem sie sich jeweils befinden. Sie sind auch zum unentgeltlichen Bezug des Fachblattes berechtigt. Ferner sind sie zur strengsten gewerkschaftlichen Disziplin verpflichtet und müssen insbesondere bei Aktionen die gewerkschaftliche Treue bewahren.

13. Die Organisationen verpflichten sich, Anfragen und sonstige schriftliche Angelegenheiten so schnell als möglich zu erledigen.

14. Auf zu- und durchreisende arbeitslose Mitglieder finden vorstehende Bestimmungen keine Anwendung; auf solche Mitglieder finden auch dann, wenn es sich um Berufskraftfahrer handelt, die zwischen den einzelnen Organisationen über die Unterstützung reisender arbeitsloser Mitglieder abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträgen Anwendung.

Dem Uebereinkommen sind bisher nachfolgende Verbände beigetreten:

Deutschland: Gesamt-Verband.

Estland: Eestimaa Autojuhtide ja Mototehnikute Uching.

Holland: Centrale Bond van Transportarbeiders.

Irland: Irish Transport and General Worker's Union.

England: National Union of Distributive and Allied Workers.

Lettland: B-bas Latvijas Profesionālo Autovaditāju Apvienības.

Norwegen: Norsk Transportarbeiderforbund.

Polen: Związek Zawodowy Automobilistów.

## Zwei Frühjahrsprüfungen für Personenwagen

Die Zeit der beginnenden Fahrsaison ist wieder gekommen und mancher Wagen wird wieder für allerlei Touren hergerichtet. Man vergesse dabei nicht, auch für eine fachmännische Prüfung der Bremsen und Vorspur Sorge zu tragen; im Bedarfsfall sind die Bremsen wie auch die Vorspur richtig einzustellen. Nur so bietet ein Wagen volle Verkehrssicherheit.

Beschäftigen wir uns zunächst mit den Bremsen. Der Fahrer hat fälschlicherweise meist wenig Interesse an seinen Bremsen, solange dieselben nur in geringer Weise beansprucht werden. In Notfällen aber, wenn Leben und Gut in Gefahr kommen können, dann verlangt er von den Bremsen, dass

sie ihn instandsetzen, den Wagen schnellstens zum Halten zu bringen. Wo man aber eine solche solche Funktion der Bremsen erwartet, da muss man sich auch mehr der Bremsen annehmen. Einwandfreie Kontrollen haben gezeigt, dass an 40 Proz. aller Wagen die Bremsen nicht in Ordnung sind, d. h., nicht mit voller Bremskraft arbeiten. Ein hoher Prozentsatz von defekten Wagen bei nasser oder schlüpfriger Strasse in die Gefahr des Gleitens geraten kann. Schon aus Gründen der Sicherheit muss man daher seine Bremsen immer wieder einer Prüfung unterziehen lassen, ganz abgesehen davon, dass durch eine regelmässig wiederholte Bremsnachstellung die Lebensdauer der Bremsbeläge verlängert wird.